

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Döhne

Britische Militärhilfe an Nepal ausgesetzt

Nach Indien hat auch Großbritannien seine bereits zugesagte Militärhilfe an Nepal ausgesetzt. Der britische Außenminister Jack Straw teilte dazu mit, die Entscheidung seiner Regierung ginge auf die jüngsten Entwicklungen in Nepal zurück. Ein Sprecher des indischen Außenministers hatte zuvor erklärt, seine Regierung habe seit dem 1. Februar 2005 „wegen der gestörten Verhältnisse in Nepal“ keine militärischen Güter mehr an Nepal geliefert. Die von den Briten eingefrorene Militärhilfe umfasst militäri-

sche Ausrüstung im Wert von 1,34 Millionen Pfund, darunter Nachtsichtgeräte und Funkgeräte, welche die Kommunikation und Aufklärung der nepalischen Armee verbessern sollen. Außerdem ist in dem Paket eine Lieferung von 40 Land Rover und anderer Fahrzeuge enthalten. Indien hatte bis zum 1. Februar vorwiegend Gewehre, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge und andere Ausrüstung geliefert, 70 Prozent davon als unentgeltliche Militärhilfe.

Hinterhalt mit zahlreichen Toten

In verschiedenen Landesteilen Nepals sind am 26. Februar 2005 mindestens zwölf Angehörige der Sicherheitskräfte von maoistischen Rebellen getötet worden. Im Nawalparasi Distrikt sollen am gleichen Tag vier Zivilisten umgebracht worden sein. In der Nähe der Stadt Hetauda geriet ein patrouillierendes Regierungsfahrzeug in einen Hinterhalt, bei dem fünf Polizisten und drei Soldaten der königlich-nepalischen Armee getötet und einige andere verletzt wurden. In der im westnepalischen Tiefland gelegenen Industriestadt Butwal wurden gegen Mittag der stellvertretende Polizeichef und ein weiterer Polizist erschossen. Aus dem ebenfalls in Westnepal gelegenen Distrikt Kapilvastu wird die Tötung von vier Zivilisten gemeldet, die zuvor an Racheaktionen gegen maoistische Kader beteiligt gewesen sein sollen.

Pakistan erwägt Waffenlieferungen

Die pakistanische Wirtschaftsministerin Hina Rabbani Khar hat bei einem viertägigen Besuch Mitte März in Nepal gegenüber Pressevertretern erklärt, dass auch Waffenlieferungen Pakistans an Nepal Gegenstand ihrer Gespräche mit Vertretern der nepalischen Regierung sein könnten. „Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, den Ankauf von Waffen zu diskutieren“, teilte die Ministerin Reportern von *Kantipur* bei ihrer Ankunft auf dem internationalen Tribhuvan Flughafen in Kathmandu mit. Zur Bezahlung der Waffenkäufe könne das Darlehen in Höhe von fünf Millionen US-Dollar verwendet werden, das der pakistanische Ministerpräsident Shaukat Aziz während seines Besuchs in Nepal im Oktober vergangenen Jahres in Aussicht gestellt hatte.

Großbritannien streicht Entwicklungshilfe für Nepal

Die britische Regierung hat am 18. März 2005 angekündigt, bereits bewilligte Entwicklungshilfe für Nepal in Höhe von einer Millionen Pfund zu streichen. Die Gelder sollten in der Polizeibehörde, im Strafvollzug und im Büro des Ministerpräsidenten verwendet werden. „In der jetzigen Situation halten wir es für unangebracht, die Polizei, den Strafvollzug und das Büro des Ministerpräsidenten weiterhin zu unterstützen“, wird Gareth Thomas, der britische Minister für internationale Entwicklungszusammenarbeit, in Nepal zitiert. Thomas fügte hinzu, die Hilfeleistungen an Nepal unterlägen einer ständigen Prüfung. Die Streichung der Gelder folgt einer Überprüfung der Partnerbeziehungen zwischen beiden Ländern. Sie wird im Zusammenhang mit der königlichen Machtergreifung vom 1. Februar 2005, der Verhängung des Ausnahmezustands und der katastrophalen Menschenrechtslage im Land gesehen.

Mindestens 48 Rebellen bei Gefecht in Bardiya getötet

In dem in Westnepal gelegenen Bardiya Distrikt sind inzwischen die Leichen von 48 maoistischen Kämpfern entdeckt worden. Dort hatte es am 28. Februar 2005 ein schweres Gefecht mit Regierungstruppen gegeben, nachdem die Sicherheitskräfte zur Räumung einer Straßenblockade ausgerückt waren. Daran sollen etwa 400 Rebellen beteiligt gewesen sein. Auf Seiten der Sicherheitskräfte sollen nach unbestätigten Meldungen zwei Polizisten und zwei Soldaten getötet, zwölf weitere sowie fünf Zivilisten verletzt worden sein.

... Im Überblick ...

Die Adivasi
Brief an
Orissa geschrieben:

"Sir,

We have received here information about the operating strategy of Adivasi communities in Rayagada District for their self-determination and survival in dignity in the face of upcoming industrial projects, specifically bauxite mining and refinery and ancillary industries in Kashiapur Block.

The controversy over development – whether brought about in the wake of industrialisation or as genuine, self-initiated – of the local people – has been going on for several decades. And equally so is the controversy over the clash between the state in collaboration with the mining companies and the affected local communities.

Armee für das „Verschwinden“ von Zivilisten verantwortlich

Die königlich-nepalische Armee ist für das erzwungene „Verschwinden“ Hunderter von Zivilisten in Nepal verantwortlich. Dies geht aus einem am 1. März 2005 von der internationalen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* veröffentlichten Bericht hervor. Darin werden König Gyanendra und die Armee von *Human Rights Watch* aufgefordert, die weit verbreitete Praxis des „Verschwindenlassens“ sofort zu beenden und die dafür verantwortlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Im Laufe des mehr als neun Jahre dauernden Kampfes gegen maoistische Aufständische hätten die unter vereintem Kommando stehenden nepalischen Sicherheitskräfte eine Spitzenposition bei der Anzahl „verschwendener“ Zivilisten erlangt. Über 1.200 Fälle von „Verschwendenen“ wurden allein in den letzten fünf Jahren von nepalischen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert. In Nepal wurde in den Jahren 2003 und 2004 die höchste Anzahl von „Verschwendenen“ weltweit registriert. „Angesichts des Ausmaßes von „Verschwinden“, das wir dokumentiert haben, ist die Aufwertung der Rolle der Armee seit der königlichen Machtübernahme beängstigend“, sagte Brad Adams, Asienleiter von *Human Rights Watch*. „Die maoistische Guerilla hat eine schreckliche Bilanz des Tötens, Folterns und der Einschüchterung. Doch die Antwort darauf kann nicht sein, einer Armee freie Hand zu geben, die für so viele Fälle von „Verschwendenen“ verantwortlich ist.“

Ein hohes Kabinettsmitglied der von König Gyanendra geführten Regierung hat öffentlich die Selbstjustiz von Dorfbewohnern gelobt. Wie die Tageszeitung *Kantipur* am 18. März 2005 meldete, hat der Minister für Kommunikation and Information, Tanka Dhakal, auf einer Pressekonferenz in Kathmandu erklärt, die Bevölkerung sei zur Gegenwehr gezwungen, um ihren Wunsch nach Frieden zu verwirklichen. „Für den Frieden haben die Menschen mutige Vergeltungsmaßnahmen ergriffen. Dort, wo sie ak-

tiv handeln, wird die Regierung integrierte Entwicklungsprogramme einführen.“

In verschiedenen Dörfern des Kaptivastu Distrikts hatte eine von Dorfbewohnern gebildete Bürgerwehr mindestens 31 Menschen ermordet, denen unterstellt wurde, zum Unterstützerkreis der maoistische Guerilla gezählt zu haben. Dabei sollen auch über 600 Häuser niedergebrannt worden sein. Menschenrechtsorganisationen hatten vermutet, dass diese Aktionen von der Regierung unterstützt und gebilligt wurden.

Regierung verschärft Medienrestriktionen

Die nepalesische Regierung hat verschärfte Medienbestimmungen in Kraft gesetzt. Danach ist den Medien die Verbreitung von Informationen über Sicherheitsbelange nur nach vorheriger Information der Sicherheitskräfte gestattet. In einer vom Ministerium für Kommunikation und Information herausgegebenen Presseerklärung heißt es dazu, dass alle in den Medien verbreiteten Nachrichten, Interviews, Informationen, Artikel oder Meinungen, die Terrorismus oder subversive Handlungen unterstützten, gemäß des Presse- und Publikationserlasses 2048 B.S. und des Nationalen Rundfunkerlasses 2049 B.S. strafrechtlich verfolgt werden. Der Leiter der Distriktverwaltung von Kathmandu, Bavan Prasad Neupane, hat die Medienverantwortlichen aufgefordert, sich bei der Verbreitung von Nachrichten an diese Regierungsdirektive zu halten.

Mitglied der nationalen Menschenrechtskommission reist in die USA

Sushil Pyakurel, ein führendes Mitglied der nationalen Menschenrechtskommission Nepals, ist auf Einladung des amerikanischen Kongresses in die Vereinigten Staaten gereist. Pyakurel, nachdem er zunächst am internationalen Flughafen von Kathmandu festgehalten und an der Abreise gehindert worden war. Pyakurel wird über die derzeitige Menschenrechtssituation im Land berichten. Sechs Abgeordnete des US-Kongress hatten zuvor einen Brief an die nepalische Regierung unterzeichnet, in denen sie Reisefreiheit für Pyakurel gefordert hatten. Nepalische Menschenrechtsvertreter begrüßten das Entgegenkommen der Regierung. Sie verlangen uneingeschränkte Teilnahmemöglichkeiten an internationalen Foren, die sich mit Menschenrechtsfragen befassen.

... Im Überblick ...

Journalistenverband organisiert friedlichen Protest

Der Dachverband nepalischer Journalisten, *Federation of Nepalese Journalists* (FNJ), hat am 29. März 2005 aus Anlass seines 50-jährigen Bestehens eine friedliche Protestdemonstration in Kathmandu veranstaltet und die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Wiederherstellung der Pressefreiheit sowie umfassende Demokratie im Land gefordert. Wie die Tageszeitung *Kantipur* am 29. März 2005 meldete, nahmen mehrere Hundert Journalisten sowie Vertreter anderer Berufsgruppen und Menschenrechtsorganisationen an dem Protestzug teil. In dem nahe bei Kathmandu gelegenen Nachbardistrikt Nuwakot wurde eine ähnliche Veranstaltung des örtlichen FNJ-Büros von der Polizei aufgelöst. Banner mit Forderungen nach einer Rückkehr zur Pressefreiheit wurden beschlagnahmt, mehrere Journalisten, darunter der FNJ-Präsident von Nuwakot, Biswamitra Khanal, vorübergehend festgenommen.

Hohe Beteiligung bei Schulabschlussprüfung SLC

99 Prozent der Jahrgangsschüler traten Anfang April zur Schulabschlussprüfung SLC an. Wie die zuständige Behörde erklärte, sollen über 300.000 Schülerinnen und Schüler an der landesweit einheitlichen Prüfung teilgenommen haben. Die ersten Prüfungstage seien nahezu störungsfrei verlaufen, abgesehen von einigen Fällen des versuchten Mogelns. Im ganzen Land wurden 949 Prüfungszentren eingerichtet.

Vereinte Nationen fordern freien Zugang in Nepal

Die Vereinten Nationen und zehn Geberorganisationen, darunter die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sowie Hilfsorganisation aus der Schweiz, Dänemark, Norwegen, Finnland, Niederlande, Kanada und USA, haben von der nepalischen Regierung und der *Communist Party of Nepal (Maoist)* freien, sicheren und ungehinderten Zugang gefordert, damit Hilfsmaßnahmen die betroffene Bevölkerung erreichen können. Sie erinnern in einer gemeinsamen Stellungnahme beide Konfliktparteien an ihre Verantwortung, die vom Konflikt betroffene Zivilbevölkerung zu schützen. „Der Konflikt in Nepal hat gravierende Auswirkungen auf die ärmsten und

marginalisierten Menschen im Land und es ist die Pflicht derjenigen, die Kontrolle über die Zivilbevölkerung ausüben, deren Sicherheit und Rechte zu wahren“, heißt es in der Stellungnahme. Der freie Transport von Versorgungsgütern dürfe nicht länger behindert werden.

„Fehlende Sicherheit, bewaffnete Aktivitäten und Transportblockaden durch die Maoisten stoßen Nepal an den Abgrund einer humanitären Krise. Kinder sind besonders bedroht; die Versorgung ländlicher Gebiete mit Impfstoffen, Vitamin A-Kapseln, Wurmmitteln und anderen wichtigen Arzneimitteln muss unbedingt aufrecht erhalten werden, um unnötiges Sterben zu verhindern.“

Menschenrechtssituation auf dem Prüfstand

Ein hoher nepalischer Regierungsbeamter hat die Forderung zahlreicher internationaler Menschenrechtsorganisationen zurückgewiesen, das Land unter Menschenrechtsbeobachtung durch das *Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen* (UNHCR) zu stellen. Am 14. März 2005 sagte der Direktor des dem Büro des Ministerpräsidenten zugeordneten staatlichen Zentrums zur Förderung der Menschenrechte, Diwaker

Pant, seine Regierung sehe keine Notwendigkeit für eine Überwachung der Menschenrechtssituation durch das UNHCR. „Sehen Sie, wir haben unsere eigene nationale Menschenrechtskommission (NHRC), die gesetzlich befugt ist, die Menschenrechtssituation im Land zu überwachen.“ Er fügte hinzu, die Regierung täte ihr Bestes, um die Arbeit der NHRC bei der Menschenrechtsbeobachtung zu unterstützen.

... Im Überblick

Gewaltfreie Proteste in Kathmandu

Mehr als 30 Personen, darunter einige frühere Minister, sind am 8. März 2005 im Zusammenhang mit friedlichen Protestaktionen im Zentrum von Kathmandu festgenommen worden. Die Demonstrationen sollten den Auftakt zu gewaltfreien Protesten darstellen, zu denen eine Allianz von fünf Parteien aufgerufen hatte. Zu dieser Allianz zählen die großen Parteien des demokratischen Spektrums *Nepali Congress Party*, *Communist Party*, *Nepal-UML* und *Nepali Congress Party-Democratic*.

Sicherheitskräfte nahmen zwei frühere Minister und einige Parlamentarier der früheren Regierung unter Premierminister Deuba fest. Etwa ein Dutzend Frauen von verschiedenen Organisationen wurden ebenfalls bei den Protesten festgenommen, die zeitlich mit dem 95. Internationalen Frauentag zusammenfielen. In der in Ostnepal gelegenen Stadt Janakpur soll es ebenfalls zu Protestaktionen gekommen sein, die sich mit friedlichen Mitteln gegen die königliche Machtübernahme richteten.

Die Verwaltungsbehörde des im Tiefland von Ostnepal gelegenen Dhanusa Distrikts hat in Janakpur mehr als 400 Demonstranten freigelassen, die im Anschluss an Protestdemonstrationen festgenommen worden waren. Wie *Nepalnews* dazu am 15. März 2005 meldete, sollen 51 Personen während der nächsten drei Monate inhaftiert bleiben. Mehr als 500 Demonstranten waren am Montag im

Export von Bekleidung stark rückläufig

Der Export von Bekleidung in die USA, woher mehr als 80 Prozent des gesamten Umsatzes der nepalischen Bekleidungsindustrie stammen, ist nach einer Meldung des Verbandes der BekleidungsHersteller, GAN, in den ersten drei Monaten des Jahres 2005 um 48 Prozent gesunken, nachdem eine zuvor bestehende Vereinbarung über ein Quotensystem von der Welthandelsorganisation WTO im Januar abgeschafft worden war (vgl. den Beitrag von D. Saams in diesem Heft). Die nepalische Bekleidungsindustrie muss nun ohne den Schutz durch bestehende Quoten auf dem Weltmarkt konkurrieren und in den USA Zollgebühren zwischen 18 und 23 Prozent zahlen.

Regierung verschärft Medienrestriktionen

Die nepalesische Regierung hat verschärfte Medienbestimmungen in Kraft gesetzt. Danach ist den Medien die Verbreitung von Informationen über Sicherheitsbelange nur nach vorheriger Information der Sicherheitskräfte gestattet. In einer vom Ministerium für Kommunikation

400 Demonstranten freigelassen, andere bleiben in Haft

Anschluss an gewaltfreie Protestkundgebungen für Frieden und eine Rückkehr zu Demokratie in Nepal von den Sicherheitskräften inhaftiert worden. Auch in dem benachbarten Mahottari Distrikt soll die Polizei mit Schlagstöcken gegen Protestierende vorgegangen sein und 37 Aktivisten verhaftet haben. Die Protestaktionen in verschiedenen Teilen des Landes sollen die größten friedlichen Demon-

Anhaltende Proteste in Nepal

Erneut sind Ende März in Nepal mindestens 42 Menschen verhaftet worden, die sich an friedlichen Protestaktionen zur Wiederherstellung von Demokratie und zivilen Grundrechten beteiligt hatten. Die mehrere Tage anhaltenden Proteste waren von fünf politischen Parteien und ihren Studentenorganisationen getragen. In Kathmandu wurden mindestens acht Demonstranten verhaftet, die übrigen in verschiedenen Distrikten außerhalb des Kathmandu-Tals. Unter den Bedingungen des am 1. Februar 2005 verhängten Ausnahmezustands drohen ihnen harte Strafen. Inzwischen hat die Distriktverwaltung von Kathmandu Haftstrafen von zunächst drei Monaten über weitere 46 Demonstranten verhängt, die am 4. April 2005 an Protestaktionen des zivilen Ungehorsams teilgenommen hatten.

strationen gegen die königliche Machtgreifung vom 1. Februar 2005 gewesen sein. Unterdessen meldet die französische Menschenrechtsorganisation *Reporter sans Frontiers*, dass Nepal weltweit zu den Ländern mit der schärfsten Medienzensur und den meisten inhaftierten Journalisten zählt.